

dieDatenschützer Rhein Main

Keine Untaten mit Bürger*innen-Daten!

E-Mail: kontakt@ddrm.de

Web: <https://ddrm.de>

Ansprechpartner:

Uli Breuer: (0179) 6909xxx

Roland Schäfer: (0172) 6820xxx

Walter Schmidt: (0152) 21512xxx

Spendenkonto:

IBAN: DE76 5009 0900 5148 1976 00

BIC: GENODEF1P06

An die
Fraktionen in der
Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Darmstadt

Frankfurt, 10.03.2021

Polizeiliche Videoüberwachung des Luisenplatzes und das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit

Sehr geehrte Damen und Herren,

gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Gruppen hat die Bürgerrechtsgruppe **dieDatenschützer Rhein Main** den Beschluss zur Videoüberwachung des Luisenplatzes wiederholt kritisiert und abgelehnt.

Heute wurden wir von einem Anwohner unterrichtet, dass die Arbeiten zur Errichtung der Videoüberwachung des Luisenplatzes begonnen haben.

Ende Januar hatten wir uns mit zwei inhaltlich identischen Schreiben an Rafael Reiser, Bürgermeister und Ordnungsdezernent der Stadt Darmstadt, und Bernhard Lammel, Polizeipräsident für Südhessen gewandt und diese aufgefordert, den Schutz des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit auf dem Luisenplatz in Darmstadt wirksam sicher zu stellen. Hintergrund waren zwei Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts NRW, in denen festgestellt wurde: **Die Kamerapräsenz stellt einen Eingriff in das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit aus Art. 8 Grundgesetz dar. Sie ist grundsätzlich geeignet, einschüchternd oder abschreckend auf die Versammlungsteilnehmer*innen zu wirken. Eine Abschaltung der Kameras für die Dauer der Versammlung ist nicht ausreichend, eine sichtbare Abdeckung der Kameras für die Zeitdauer der Versammlung sei daher zwingend geboten und den Behörden zumutbar.**

Herr Reiser hat uns am 06.02.2021 geantwortet und mitgeteilt: *„Während Versammlungen auf dem Luisenplatz stattfinden, wird die Überwachung des Luisenplatzes durch die Videoüberwachung unterbrochen. Eine datenschutzrechtliche Gefährdung der Belange von Versammlungsteilnehmenden ist daher nicht zu besorgen.“*

Da uns diese Auskunft unzureichend erschien, haben wir uns an den Hessischen Datenschutzbeauftragten gewandt und von dort am 08.03.2021 folgende Stellungnahme erhalten: **„Der Sichtweise aus der Rechtsprechung, welche fordert, dass eine kriminalpräventive Videoüberwachung bzw. die Kameras während Versammlungen für die Versammlungsteilnehmer/innen sichtbar abgeschaltet sein müssen, schließe ich mich an. Daher wurde die Stadt Darmstadt von mir schon frühzeitig auf diese Problematik hingewiesen.“**



wiesen, weiterhin auch darauf, dass die Anbieter von Videoüberwachungsanlagen zwischenzeitlich technische Möglichkeiten anbieten, um diesem Erfordernis gerecht zu werden."

Ob diese Stellungnahme bei der Beschaffung der Kamertechnik beachtet wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Auf den Fotos, die uns von einem Anwohner zur Verfügung gestellt wurden, lässt sich die leider nicht überprüfen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie in dieser Sache beim Magistrat der Stadt Darmstadt nachfragen würden. Gerne sind wir auch zum Gespräch mit Ihnen bereit, auch zu anderen datenschutzrechtlichen Fragestellungen.

Mit freundlichen Grüßen

Bürgerrechtsgruppe **dieDatenschützer** Rhein Main (<https://ddrm.de>)

Walter Schmidt

Anlage

- **Stellungnahme des Hessischen Datenschutzbeauftragten vom 08.03.2021**

PS.

Die o. g. Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts NRW zur Videoüberwachung während politischer Versammlungen können Sie hier nachlesen:

- https://www.ovg.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/01_archiv/2020/19_200313/index.php
- <https://www.prigge-recht.de/ovg-nrw-beschl-v-11-03-2020-15-a-1139-19-polizeiliche-beobachtung/>

dieDatenschützer Rhein Main sind

- eine Gruppe des Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (<http://vorratsdatenspeicherung.de/>),
- Partner der Aktion: „Stoppt die e-Card!“ (<http://www.stoppt-die-e-card.de/>),
- Partner des Bündnis „Demokratie statt Überwachung“ (<https://www.demokratie-statt-ueberwachung.de/>),
- Partner des Frankfurter Bündnis gegen TTIP, CETA und TISA (<https://ttipstoppenffm.wordpress.com/>) und
- Partner des Bündnis Transparentes Hessen (<https://www.transparentes-hessen.de/>).

Hervorgegangen ist die Gruppe aus der Volkszählungsbewegung „11gegenZensus11“.

Die aktuellen Arbeitsschwerpunkte sind ein unabhängiges Frankfurter Datenschutzbüro, die Videoüberwachung des öffentlichen Raums und von politischen Aktivitäten (Demonstrationen und Kundgebungen), die Digitalisierung des Gesundheitswesens und der Schutz von Gesundheits- und Behandlungsdaten, die Vorratsdatenspeicherung, die Transparenz staatlichen Handelns sowie weitere Datenschutzthemen.